

Totschweigen und Skandalisieren

Was Journalisten
über ihre eigenen
Fehler denken

Hans Mathias Kepplinger

HW

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Hans Mathias Kepplinger
Totschweigen und Skandalisieren.
Was Journalisten über ihre eigenen Fehler denken
edition medienpraxis, 15
Köln: Halem, 2017

Die dem Buch zugrunde liegende Studie wurde durchgeführt mit freundlicher Unterstützung der Berthold Leibinger Stiftung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

<http://www.halem-verlag.de>

© Copyright Herbert von Halem Verlag 2017

Print: ISBN 978-3-86962-284-2
E-Book (PDF): ISBN 978-3-86962-284-2
E-Book (EPUB): ISBN 978-3-86962-286-6

UMSCHLAGGESTALTUNG: Claudia Ott, Düsseldorf
LEKTORAT: Rüdiger Steiner
SATZ: Herbert von Halem Verlag
DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg
Copyright Lexicon © 1992 by The Enschedé Font Foundery.
Lexicon ® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundery.

Hans Mathias Kepplinger

Totschweigen und Skandalisieren

Was Journalisten über ihre eigenen Fehler denken

HERBERT VON HALEM VERLAG

Für Wolfgang Donsbach

Inhaltsverzeichnis

I. PRESSEFREIHEIT UND PRESSEFRUST	9
II. FEHLENTWICKLUNGEN	16
Entfremdung der Journalisten von ihrem Publikum	16
Zweifel an der Berichterstattung	21
Machtanspruch von Journalisten	27
Verletzung und Verschiebung der Grenzen im Journalismus	33
Folgen	40
Untersuchung der Fehlentwicklungen	43
III. SKANDALISIEREN	54
Grundlagen	54
Skandalisierung durch Ergänzung und Kombination von Aussagen	60
<i>Der »Hitler-Putin-Vergleich« von Wolfgang Schäuble</i>	62
Skandalisierung durch Verkürzung von Aussagen	70
<i>Der Indienflug von Franz-Peter Tebartz-van Elst</i>	72

Skandalisierung durch Kontextualisierung des Geschehens	80
<i>Die Gewalt bei Pegida-Kundgebungen</i>	81
Skandalisierung durch De-Kontextualisierung des Geschehens	87
<i>Die Risiken der Kernenergie nach Fukushima</i>	89
Skandalisieren durch Instrumentalisierung von Begriffen	97
<i>Die Dresdner Rede von Sibylle Lewitscharoff</i>	100
Zwischenbilanz	107
IV. TOTSCHWEIGEN	110
Grundlagen	110
Nichtbeachtung zur Abwehr politischer Gefahren	121
<i>Die frühen Pegida-Kundgebungen</i>	122
Verschweigen zur Verteidigung der Deutungshoheit	130
<i>Der UNSCEAR-Report</i>	131
Kommunikationsblockaden zur Vermeidung von Reputationsverlusten	140
<i>Die Medienkritik von Christian Wulff, Karl-Theodor zu Guttenberg und Susanne Gaschke</i>	141
Zwischenbilanz	151
V. RECHTFERTIGUNGEN	154
Fragwürdige Skandalisierungen	155
Fragwürdige Kommunikationsblockaden	163
Zwischenbilanz	170
VI. TYPOLOGIE DER JOURNALISTEN	174
Fragwürdige Skandalisierungen	175
Fragwürdige Kommunikationsblockaden	179
Zwischenbilanz	183

VII. HEBELWIRKUNGEN	186
VIII. SZENENWECHSEL	194
IX. ANHANG	
Anmerkungen	200
Untersuchungsdesign	212
<i>Grundgesamtheit</i>	212
<i>Durchführung</i>	212
<i>Fragebogen</i>	213
<i>Auswertung und Interpretation</i>	214
Literaturverzeichnis	217
Personenregister	227

I. PRESSEFREIHEIT UND PRESSEFRUST

Deutschland hat eines der weltweit besten Mediensysteme. In keinem anderen Land gibt es so viele national verbreitete Qualitätszeitungen wie hier, darunter die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Welt* und das *Handelsblatt*, dazu viele leistungsfähige Regionalzeitungen. In keinem Land hat das duale Rundfunksystem mit zahlreichen Fernsehsendern und zahllosen Hörfunksendern einen höheren Qualitätsstandard. Dazu gehören auch Kulturprogramme mit Wort- und Musikangeboten für Hörer und Zuschauer mit speziellen Interessen. Den seit 1999 von mehreren Medien-Fachzeitschriften durchgeführten Wettbewerb zum »European Newspaper Award« gewannen fünfmal deutsche Wochenzeitungen, darunter zweimal *Die Zeit* und die *Welt am Sonntag*, zweimal deutsche Regionalzeitungen, die *Stuttgarter Zeitung* und die *Berliner Morgenpost* sowie einmal eine überregionale Zeitung aus Deutschland, die *Welt*. Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* wurde von 2009 bis 2016 fünfmal als »International Newspaper of The Year« ausgezeichnet. Nach der von Reporter ohne Grenzen seit 2002 ermittelten Rangliste der Pressefreiheit in 176 Ländern nimmt Deutschland seit Be-

ginn der Erhebungen einen Platz in der Spitzengruppe ein. Bei einer international vergleichenden Umfrage unter 1000 Personen in 50 Ländern erreichte 2005 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Platz drei unter den zehn besten Zeitungen der Welt. Es mag in anderen Ländern herausragende Medien geben, zu denen es in Deutschland kein vergleichbares Angebot gibt, darunter die BBC, der *Economist* und die *New York Times*, aber insgesamt besteht hier ein einzigartig vielfältiges und qualitativ hochwertiges Medienangebot.

Trotz ihrer im internationalen Vergleich bemerkenswerten Qualität befinden sich die deutschen Journalisten und Medien in ihrer bisher größten Legitimationskrise. Ausgelöst wurde sie durch Pegida-Anhänger, die in Dresden »Lügenpresse« skandierten. Unterfüttert werden die Vorwürfe durch umfangreiche empirische Untersuchungen, darunter die Studien von Uwe Krüger *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten* (2013) und Maria Karidi über *Medienlogik im Wandel 1984-2014* (2017). Hinzu kommen verschwörungstheoretisch grundierte Titel wie Udo Ulfkottes *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken* (2014) und Markus Gärtners *Lügenpresse. Wie uns die Massenmedien durch Fälschen, Verdrehen und Verschweigen manipulieren* (2015). Bedeutung erhielt die Anklage jedoch erst, weil ein erheblicher Teil der Bevölkerung überzeugt ist, dass die Medien die Wirklichkeit falsch darstellen – weil sie große Probleme kleinreden oder völlig verschweigen und kleine Probleme maßlos übertreiben und skandalisieren. Im Dezember 2014 ermittelte Infratest Dimap im Auftrag der medienkritischen Fernsehsendung ZAPP, dass 63 Prozent der Deutschen »wenig« oder »gar kein Vertrauen« in Nachrichten und Informationen zum Konflikt in der Ukraine hatten, 53 Prozent hatten »wenig« oder »gar kein Vertrauen« in Nachrichten und Informationen über den Krieg des »Islamischen Staates« in Syrien und dem Irak und 40 Prozent hatten »wenig«

oder »gar kein Vertrauen« in Nachrichten und Informationen zum damals aktuellen Lokführerstreit. Das geringe Vertrauen gilt demnach einem breiten Spektrum von nationalen und internationalen Konflikten.

Die Anprangerung der Medien als »Lügenpresse« und die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse löste im Journalismus eine Schockwelle selbstgerechter Empörung und selbstkritischer Zerknirschung aus, weil die Konfrontation mit der Empörung der enttäuschten Leser, Hörer und Zuschauer die meisten Journalisten völlig unvorbereitet traf. Als der *Spiegel* im Februar 2016 das Thema aufgriff und die »Vertrauensfrage« stellte, meldeten sich mehr als 1.200 Leser mit überwiegend positiven Stellungnahmen. Nur aus sehr wenigen der negativen Feedbacks sprach »Hass auf die Presse«. Allerdings bestimmten häufig »Enttäuschung und Wut« den Ton.¹ Wirklich überraschend waren jedoch weder diese Reaktionen, noch ihre Ursachen. Bereits fünf Jahre zuvor, im November 2009, hatte der frühere Moderator der *Tagesthemen*, Ulrich Wickert, anhand zahlreicher Beispiele eine Generalkritik der Nachrichtensendungen von ARD und ZDF veröffentlicht.² Wickert kritisierte die durch Redaktionsleiter tolerierte »sprachliche Verlotterung« in Reportagen und Moderationen, die journalistisch falsche, durch Sensationsgier und Voyeurismus geleitete Gewichtung von Nachrichten und die gezielte Vernachlässigung bedeutender Ereignisse in den Nachrichten und aktuellen Magazinen. Als Beispiel nannte er die verkürzte und sprachlich unangemessene Berichterstattung über die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung: Keine der Nachrichtensendungen von ARD und ZDF meldete die vollständige Zusammensetzung der neuen Bundesregierung. Als weiteres Beispiel erwähnte er die Gedenkfeiern anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls: Sie wurden vom französischen Fernsehen länger, seriöser und inhaltsreicher live übertragen als vom ZDF. Die ARD zeigte während der Gedenkfeiern einen Liebesfilm. »Es fehlt nicht nur«, so Wickert, »an einem Sinn für die Verbrei-

tung wichtiger, aktueller politischer Inhalte. Erst recht habe ich den Eindruck, es fehlt auch an der Einordnung«.

Im Juli 2011 kritisierte der ehemalige Journalist und Intendant des SFB, Günther von Lojewski, die »Verführung der Macht« der Redaktionen, nicht nur die »Agenda des öffentlichen Diskurses vorzugeben«, sondern mit der sprachlichen Aufbereitung von Meldungen »auch die öffentliche Meinung zu präjudizieren«.³ Die Konkurrenz der privaten Anbieter habe dazu beigetragen, »dass Emotionalisierung, Skandalisierung, Sensationsjournalismus und Personalisierung die Arbeit des Journalismus zu bestimmen begann. Dass ›Betroffenheits-Journalismus‹ um sich greift und, wer immer sich im Land beschwert fühlt, ›sein Recht und Hilfe am liebsten über die Medien einfordert.« Seit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin gebe es eine unheilvolle Verquickung von Politik und Medien. Dabei habe »jeder Macht über den anderen; gemeinsam mit ihm auch über das Volk.« Am Ende, so von Lojewski, »darf sich keiner wundern, wenn das Volk der Politik verloren zu gehen droht, sich von der repräsentativen Demokratie ab- und Mediokratie und Bürgerbewegungen« zuwendet. Nach seiner Meinung müssen die Journalisten selbst »ihr Selbstverständnis, ihre Standards ... auf den Prüfstand stellen, ehe es – wie in Budapest – andere tun. Ihr Selbstverständnis deswegen, weil sich zwischen Dienstleistung nach ›alter Schule‹ und Anspruch auf ›Meinungsführerschaft‹ professionelle Welten aufgetan haben.«

Wieder zwei Jahre darauf, im Januar 2013, warf Michael Naumann, ehemals Herausgeber der *Zeit* und Chefredakteur von *Cicero*, die Frage auf: »Wie verrückt sind die Medien eigentlich geworden? Und wie kam es zu diesem erstaunlichen Relevanzverlust der journalistischen Debatte?«⁴ Anlass war die Skandalisierung einer anzüglichen Bemerkung von Rainer Brüderle und von Peer Steinbrück wegen eines abschätzigen Urteils über billige Weißweine – und das in einer Zeit, in der »die Bundeswehr mit ein

paar Flugzeugen in einen weiteren Krieg« zog, »die Energiewende zu scheitern« drohte und sich die »beste Regierung« seit der Wiedervereinigung ... in ihre Koalitionsbestandteile« aufzulösen drohte. Hinter der Kritik an Steinbrück verberge sich »ein kunst-kritisches Rollenspiel der Medien.« Inzwischen werde »Politik als Theater verstanden, deren Schauspieler weniger an Sachkompetenz, sondern am eleganten Bühnenauftritt gemessen« würden. Der Kern des Problems besteht nach Naumann darin, dass Journalisten die Wirkung ihrer Publikationen als Beleg für die Richtigkeit ihrer Vorgehensweise betrachten. Zur »Dialektik der modernen Öffentlichkeit« gehöre es nämlich, dass Meinungsumfragen die »Gewissheit der Steinbrück-Kritiker (verfestigen), mit ihrer Konzentration auf die sogenannte ›Fettnäpfchen-Frequenz‹ richtig zu liegen – sie betrachten wohlwollend das Resultat ihrer Kommentare in den wöchentlichen Beliebtheits-Umfragen.« Damit seien wir »auf der Oberfläche der Oberfläche des politischen Diskurses angelangt.«

Wickert, von Lojewski und Naumann kritisierten trotz verschiedener Anlässe gemeinsam drei Mängel: die unprofessionelle Nachrichtenauswahl – die Betonung von Nebensächlichkeiten und Vernachlässigung wichtiger Informationen; die Orientierung an Effekten – die sprachliche Kumpanei mit den Zuschauern und die Steuerung der Meinungsbildung durch verdeckte Wertungen; und den Willen zur Macht – die Selbstinszenierung der Medien zu Lasten ihrer für die politische Meinungs- und Willensbildung notwendigen Dienstleistungen. Zwei Jahre nach Naumann haben Matthias Geiss und Bernd Ulrich, leitende Redakteure der *Zeit*, in einem thematisch breit angelegten Essay einen weiteren Mangel herausgearbeitet, den man auch als eine Folge der von Wickert, von Lojewski und Naumann kritisierten Praktiken betrachten kann.⁵ Das zentrale Thema von Geiss und Ulrich ist die nach ihrer Ansicht von der Politik etablierte »Konsensgesellschaft«, die auch von den Medien gefördert werde. Die

Medien würden zwar seit Jahren die »Langeweile« der Politik bejammern«, sie hätten jedoch »leidenschaftlich die Rolle des Grenzwächters übernommen.« Politische Linientreue werde verhöhnt, Grenzverletzungen jedoch »gnadenlos skandalisiert«.

Die Medien würden »den bleiernen Konsens« kritisieren, seine Missachtung jedoch sanktionieren. Für die »Netzgemeinschaft« gelte das noch viel mehr. Die »Zone des Sagbaren« werde immer enger. Folglich bleibe »eine Menge unbehandelter dunkler Materie übrig.« Wer den Islam kritisiere, werde »leicht zum Fremdenfeind«, wer »Muslime ins deutsche wir« einschließe, zum »Multikulti-Illusionisten«. Wer mehr »internationale Verantwortung für Deutschland« fordere, müsse sich gegen den »Vorwurf der Kriegstreiberei wehren«, wer prinzipiell gegen militärische Interventionen eintrete, werde zum »verantwortungslosen Traumtänzer«. In keinem Fall, so wäre zu ergänzen, werden die Gründe dafür sachlich und ernsthaft diskutiert, sondern die Meinungen und mit ihnen ihre Vertreter diskreditiert. Das größte Problem der Bundesrepublik sei heute, »dass die Konsensgesellschaft umso mehr Dissens hervorzurufen scheint, je größer und breiter sie sich macht.« Notwendig sei stattdessen »mehr Toleranz, mehr Weite«. Sie wäre »die erste Voraussetzung bei der Überwindung einer autoritär und steril gewordenen Konsenskultur. Und die zweite: Man kann nicht länger das Falsche so ahnden wie das Böse, das Unsinnige nicht ausgrenzen wie das Gefährliche.«

Den journalistischen Kern der von Geiss und Ulrich aufgezeigten Problematik hat Jan Fleischhauer Anfang 2016 unter der Überschrift »Erziehungs-Journalismus« anhand eines prominenten Kollegen exemplarisch dargestellt.⁶ Claus Kleber hatte am 30. Dezember 2015 im Jahresrückblick des *heute journals* zur Flüchtlingskrise gesagt: »Hilfsbereitschaft, Empathie, Willkommen stellen in den Schatten, was Fremdenfeinde, Nationalisten und Zweifler auf die Straße bringt.« Fleischhauer dekuvierte mit der Bemerkung, wer hätte gedacht, dass »Zweifler« die Stei-

gerungsform von ›Nationalist‹ und Fremdenfeind‹ sein könnte« den manipulativen Charakter der Reihung. Er habe »›Zweifler‹ bislang für eine neutrale Bezeichnung (gehalten), die einen als Journalisten eher schmückt«. Fleischhauers Kritik an der Berichterstattung des ZDF über die Migrantenkrise 2015 traf und trifft auf einen Großteil aller Medien zu. An Zweiflern fehlt es im Journalismus der Konsensgesellschaft ebenso wie an Kritikern, die unter Kritik nicht negatives Auftrumpfen verstehen, sondern abwägende Skepsis.⁷ Wie konnte es dazu kommen? Einige überraschende Antworten gibt der Rückblick auf vier Fehlentwicklungen, die bereits in den siebziger Jahren begonnen haben. Sie sind aufgrund zahlreicher empirischer Untersuchungen seit langem bekannt und werden hier anhand von teilweise weit zurückreichenden Daten dargestellt. Bei einer nüchternen Betrachtung der Fakten ging es deshalb schon seit langem nicht darum, ob die Krise ausbricht, sondern wann und wie die Betroffenen damit umgehen.

II. FEHLENTWICKLUNGEN

ENTFREMUNG DER JOURNALISTEN VON IHREM PUBLIKUM

»Die Entfremdung« überschrieb Elisabeth Noelle-Neumann 1979 ihren offenen Brief an die vom Deutschen Journalisten Verband herausgegebene Zeitschrift *Journalist*.⁸ Anlass war eine dort zwei Jahre vorher erschienene Kritik an Noelle-Neumanns Darstellung der Kluft zwischen den Meinungen der Bevölkerung und der Journalisten zu kontroversen Sachfragen. Nach Noelle-Neumann war es für 79 Prozent der Bevölkerung, aber nur für 16 Prozent der Journalisten besonders wichtig, »Verbrechen wirksamer zu bekämpfen« und für 53 Prozent der Bevölkerung, aber nur für 36 Prozent der Journalisten war es »besonders wichtig«, »dass die Kinder im Schulunterricht nicht einseitig politisch beeinflusst werden«. Der Verfasser des kritischen Beitrags im *Journalist* hatte diese und ähnliche Diskrepanzen mit dem Wissen und der Aufgabe der Journalisten verteidigt: Journalisten wüssten mehr über das aktuelle Geschehen als die Bevölkerung und hätten deshalb eine andere Meinung dazu. Zudem gehöre es

zum »Auftrag der Journalisten, neue »Erkenntnisse und Denkweisen ... auch gegen den Widerstand der ... öffentlichen Meinung« zu vermitteln. Noelle-Neumann bestritt nicht, dass Journalisten diese Aufgabe hätten, wandte sich aber dagegen, sie zu verabsolutieren und das richtige Urteil »von vornherein auf der Seite der Journalisten zu vermuten.« Ihre wichtigsten Argumente lauteten: Das Selbstverständnis der Journalisten als »Erzieher der Bevölkerung« könne ihre Funktion behindern, »in den Medien Nachrichten und Argumente so vollständig wie möglich auszubreiten, um die Bevölkerung in den Stand zu setzen, sich eine eigene Meinung zu bilden.« Zudem könnten die Medien angesichts der »Kluft zwischen den Ansichten der Journalisten und den Ansichten der Bevölkerung ihren Einfluss verlieren.« Und »wenn die Meinungsbildung erst einmal an den Medien vorbei erfolgt, weil sie durch die Medien nicht erfolgen kann, dann fällt eine wichtige Gruppe mit ihrer Funktion für die Gesellschaft ganz oder teilweise aus.«

Eine vergleichende Bevölkerungs- und Journalisten-Befragung präziserte 1984 die Kluft zwischen Journalisten und Gesellschaft. In der Bevölkerung hielten 36 Prozent die »innere Sicherheit« für wichtiger als die »individuelle Freiheit«, für 37 Prozent war die »individuelle Freiheit« wichtiger als die »innere Sicherheit«. Im Journalismus fanden 62 Prozent die »individuelle Freiheit« und 13 Prozent die »innere Sicherheit« wichtiger. Der Rest war jeweils unentschieden. Angesichts der Frage, ob »Ausländer ... in ihre Heimat zurückkehren« oder »bei uns bleiben« können sollten, sprachen sich 66 Prozent der Bevölkerung, aber nur 5 Prozent der Journalisten für ihre Rückkehr aus. Für ein dauerhaftes Bleiberecht waren 82 Prozent der Journalisten aber nur 31 Prozent der Bevölkerung.⁹ Die Meinungsunterschiede zwischen Journalisten und Bevölkerung ließen in den siebziger und achtziger Jahren Spannungen erkennen, die sich 2010 in einer Flut empörter Leserbriefe an zahlreiche Zeitungen

wegen ihrer extrem negativen Berichterstattung über Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* entlud und 2015 wegen der Berichterstattung über die unkontrollierte Immigration zu einer bis dahin einmaligen Distanzierung der Bevölkerung von den Medien führte: Im Gegensatz zum dominierenden Medientenor befürchteten im Spätsommer fast zwei Drittel der Bevölkerung (64 %) die Risiken des Zustroms und fast die Hälfte (47 %) betrachteten die Berichterstattung als einseitig.¹⁰

Die anfangs der achtziger Jahre erkennbaren Meinungsunterschiede zwischen den Journalisten und der Bevölkerung bildeten 1989 den Hintergrund für eine Befragung von drei Journalistengenerationen in Westdeutschland.¹¹ Dabei ging es auch um Unterschiede des »jetzigen politischen Denkens« der Journalisten und ihrer Sicht auf ihr soziales Umfeld. Von der »Großvätergeneration«, geboren 1909-35, glaubten 39 Prozent, dass sie mehr oder weniger die gleichen politischen Überzeugungen hatten wie die meisten ihrer Leser, Zuhörer und Zuschauer; von der »Vätergeneration«, geboren 1936-50, glaubten das 33 Prozent; in der »Enkelgeneration«, geboren 1951-66, waren es 30 Prozent. Der schwindende Anteil der Journalisten, die überzeugt waren, dass sie politisch ähnlich dachten wie ihr Publikum, deutet auf eine wachsende Entfremdung, allerdings war der Unterschied nicht groß. Einen deutlich anderen Eindruck vermittelten die Antworten auf die Frage nach der Ausrichtung des aktuellen politischen Denkens der Journalisten: 44 Prozent der »Großväter«, 62 Prozent der »Väter« und 64 Prozent der »Enkel« lokalisierten ihr politisches Denken links von ihren Lesern, Hörern und Zuschauern. Der Anteil der Journalisten, die sich rechts von ihrem Publikum sahen, verringerte sich von 17 Prozent auf 7 Prozent. Die durch den Generationenwechsel verursachte Entfremdung der Journalisten von der Mitte der Bevölkerung ging einher mit der Einbindung in homogener werdende Personenkreise. Der Anteil der Journalisten, die ähnlich dachten wie die meisten ihrer

Kollegen, stieg von 39 Prozent in der »Großvätergeneration« auf 44 Prozent in der »Enkelgeneration«; der Anteil der Journalisten, die ähnlich dachten wie die meisten ihres Freundeskreises, stieg von 63 Prozent auf 70 Prozent. Journalisten entwickelten sich zu »Angepassten Außenseitern«¹² – angepasst an die engere soziale Umgebung, Außenseiter in Bezug zur Gesamtgesellschaft.

Nach Noelle-Neumann schlug sich die Entfremdung der Journalisten von der Bevölkerung in den Wahlabsichten nieder. Die SPD wollten 1976 42 Prozent der Bevölkerung und 55 Prozent der Journalisten wählen – ein Plus von 13 Prozent. Die CDU/CSU bevorzugten 49 Prozent der Bevölkerung und 21 Prozent der Journalisten – ein Minus von 28 Prozent. In allen liberalen Staaten sind die meisten Journalisten links von der Mitte. Deshalb ist nicht die Existenz, sondern nur das Ausmaß der Schiefelage bemerkenswert. In den folgenden Jahren hat sich die Distanz der meisten Journalisten zur CDU/CSU nicht wesentlich verändert. Deshalb kann man die folgende Analyse auf die SPD, die Grünen und die PDS beschränken: 1993 standen 25 Prozent der Journalisten der SPD nahe, 19 Prozent Bündnis 90/Die Grünen und 4 Prozent der PDS.¹³ Das linke Lager war folglich 1993 mit zusammen 48 Prozent fast genauso stark wie 1976. Allerdings hatten sich die Gewichte innerhalb des linken Lagers zu Lasten der SPD nach links verschoben. Bei der Wiederholung der Befragung 2005 standen 36 Prozent Bündnis 90/Die Grünen nahe, 26 Prozent der SPD und 1 Prozent der PDS. Zum linken Lager rechneten sich jetzt sogar 63 Prozent, wobei sich die Gewichte zu Lasten der SPD weiter nach links verschoben hatten. Bündnis 90/Die Grünen bildeten nun im Journalismus die eindeutige Mehrheit. Die Bedeutung dieser Linksverschiebung verdeutlicht ein Vergleich der Konstellationen von 1976 und 2005: 1976 stand die absolute Mehrheit der Journalisten (55 %) der SPD nahe, die bei der Bundestagswahl 42,6 Prozent der Stimmen erhielt und zudem den Kanzler stellte; 2005 stand die relative Mehrheit der Journa-

listen Bündnis 90/Die Grünen (36%) nahe, die bei der Bundestagswahl 8,1 Prozent der Stimmen erhielt und folglich nur eine kleine Minderheit repräsentierte. Nun bildeten Sympathisanten der kleinsten Bundestagsfraktion unter den Journalisten die mit Abstand größte Gruppe.¹⁴ Zu einer ähnlichen Momentaufnahme führte 1999 eine milieutheoretische Analyse in Bayern. Danach gehörten 43 Prozent der Journalisten aber nur 10 Prozent der Bevölkerung zum »liberal-intellektuellen Milieu«.¹⁵ Im Verhältnis der Hauptstadtkorrespondenten zur Bevölkerung Deutschlands ist diese Kluft vermutlich noch größer. Die parteipolitische Orientierung der Journalisten und ihre Konzentration in einem gesamtgesellschaftlich kleinen Milieu dürften eine Ursache der von ihnen selbst wahrgenommenen Entfremdung von ihrem Publikum sein. So hielten die Journalisten 2005 im Vergleich zu 1993 ihr Publikum zwar für reicher, einflussreicher und gebildeter, zugleich aber und auch für älter, politisch rechter, weniger fortschrittlich (konservativer) und politisch uninteressierter.¹⁶ Das Publikumbild der Journalisten näherte sich folglich dem Stereotyp des Wutbürgers, den sie seit 2010 vor allem bei Protesten von älteren, gebildeten Konservativen wahrnehmen.

Die Entfremdung der Journalisten von der Bevölkerung besitzt mehrere Ursachen. Der Generationswechsel im Journalismus erfolgt vor allem durch Kooptationen: Über die Aufnahme der neuen entscheiden erstens die etablierten Journalisten und dabei spielten auch deren politische Sichtweisen eine Rolle. Die damit verbundenen Präferenzen verstärken langfristig bereits bestehende Mehrheitsmeinungen. Journalisten beschäftigen sich zweitens aufgrund ihres Berufes täglich intensiv mit dem aktuellen Geschehen, seiner Gewichtung und Bewertung vor dem Hintergrund der Vorgeschichte und im Kontext anderer Geschehnisse. Sie müssen sich deshalb über alle wichtigen Ereignisse eine Meinung bilden und orientieren sich an ihren Kollegen und an früheren Darstellungen in Archiven. Folglich prägen zurücklie-

gende Deutungen die aktuelle Berichterstattung. Die meisten Journalisten arbeiten drittens an wenigen Orten in Zeitungs-, Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehredaktionen, diskutieren beruflich und privat miteinander über das aktuelle Geschehen. Die Sichtweisen können sich zwar von Redaktion zu Redaktion und von Ressort zu Ressort unterscheiden, werden aber in diesen Einheiten von den meisten als realitätsgerecht betrachtet. Alle Journalisten verfolgen viertens den ganzen Tag die Gewichtung und Bewertung des aktuellen Geschehens durch ihre Kollegen bei anderen Medien. Das verbindet die Kollegen untereinander und beschleunigt die Meinungsbildung im Journalismus insgesamt bzw. in unterschiedlichen Lagern.¹⁷ Wegen der intensiven und schnellen Ko-Orientierung entstehen fünftens im Journalismus oder einzelnen Teilgruppen gemeinsame Überzeugungen, die sich wechselseitig bestätigen und zu Wahrheitsansprüchen verdichten, an denen sich die Sichtweisen der Bevölkerung messen lassen müssen. Für viele Journalisten handelt es sich nicht um Meinungen zu, sondern um Tatsachenaussagen über Phänomene: für sie »ist« z. B. die Kernenergie unkontrollierbar. In diesem Sinne stimmten 2015 mehr als zwei Drittel der für diese Studie befragten Journalisten der These zu, Fukushima habe »endgültig bewiesen«, die Risiken der Kernenergie seien nicht tragbar. Wer das nicht erkennt, kann oder will aus Sicht der meisten Journalisten die Realität nicht wahrnehmen.

ZWEIFEL AN DER BERICHTERSTATTUNG

Ein halbes Jahr nach dem Absturz der Germanwings-Maschine »vertrauten« 87 Prozent Piloten – aber nur 36 Prozent Journalisten.¹⁸ Wie soll man das verstehen? Generelle Fragen nach dem Vertrauen in die Angehörigen von Berufen erfassen vor allem Images: Piloten haben ein gutes Image, Journalisten ein schlech-

tes. Über das Vertrauen in die Berichterstattung der Medien geben Antworten auf solche Image-Fragen kaum Auskunft. Im Interesse einer aussagekräftigen Analyse muss man das Vertrauen in »die« Journalisten und in »die« Medien, also die Angehörigen eines Berufs und in eine Institution, vom Vertrauen in ihre Tätigkeit, also in ihre Berichterstattung, unterscheiden. Die naheliegende Frage nach dem Vertrauen in die Medien, die man oft nutzt, enthält jedoch eine methodische Falle. Weil die meisten Menschen die Medien nutzen, die sie schätzen, werden für die Befragten nicht erkennbar zwei Aspekte vermischt, was zu überhöht positiven Urteilen führt. Im Interesse einer aussagekräftigen Analyse muss man das Vertrauen und die Nutzung getrennt erfragen.¹⁹

Orientiert man sich an den globalen Einstufungen, hat das Vertrauen in die Medien im Laufe der Jahrzehnte nicht wesentlich gelitten. Das zeigen die Antworten auf generelle Fragen nach dem Vertrauen in »die Zeitungen« und »die Presse«. Sie genießen zwar bei weniger als 50 Prozent der Bevölkerung »ziemlich viel/sehr viel Vertrauen«, es ist aber seit 1990 relativ stabil geblieben.²⁰ Auch generelle Eigenschaften wie »informativ«, »kompetent« oder »kritisch« wurden 2010 Presse, Hörfunk und Fernsehen ähnlich häufig zugeschrieben wie 2005.²¹ Ein anderes Bild vermitteln Stellungnahmen zu konkreten Eigenschaften der aktuellen Berichterstattung. Sie wurden von 1964 bis 1995 im Fünfjahresrhythmus ermittelt.²² Eine Behauptung lautete: Fernsehen, Hörfunk bzw. Zeitungen geben »einen vollständigen Überblick über alle wichtigen Entwicklungen in Politik und Zeitgeschehen.« Auf das Fernsehen traf das 1964 nach Meinung von 70 Prozent der Befragten zu, auf den Hörfunk und die Zeitungen nach Meinung von jeweils 60 Prozent. Danach ging das Vertrauen in alle Medien langsam aber stetig zurück. Dreißig Jahre später, 1995, waren nur noch 54 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass das Fernsehen einen »vollständigen Überblick über alle wichtigen Entwicklungen« gibt. Über den

Hörfunk und die Zeitungen sagten das nur noch 36 bzw. 51 Prozent. Eine weitere Behauptung lautete: Fernsehen, Hörfunk bzw. Zeitungen berichten »wahrheitsgetreu und (geben) die Dinge immer so wieder, wie sie wirklich sind.« Auf das Fernsehen traf das 1964 nach Meinung von 47 Prozent zu, auf den Hörfunk und die Zeitungen nach Meinung von 45 bzw. 32 Prozent. In den folgenden Jahren verfiel das ohnehin nicht breite Vertrauen in eine wahrheitsgetreue Berichterstattung und stabilisierte sich auf niedrigem Niveau: 1995 glaubten nur noch 20 Prozent der Bevölkerung, das Fernsehen berichte das aktuelle Geschehen so, wie es ist. Vom Hörfunk und den Zeitungen sagten das 19 bzw. 20 Prozent. Bei den folgenden Erhebungen wurde die Einschätzung dieser Aspekte der Objektivität der Berichterstattung nicht mehr differenziert erfragt.²³ Vermutlich lägen die Werte heute noch darunter.

Der Vertrauensverlust der Medien im gerade genannten Sinn wurde von einem Rückgang der Auflagen und Reichweiten der meisten politisch relevanten Zeitungen und Zeitschriften begleitet. Die beiden Prozesse hatten vermutlich unterschiedliche Ursachen, müssen jedoch bei einer Analyse der Rolle der Medien in der Gesellschaft zusammen gesehen werden. Ihre größte Reichweite hatten die deutschen Tageszeitungen 1967. Damals haben 82 Prozent der Erwachsenen regelmäßig eine Tageszeitung gelesen. Heute sind es noch 56 Prozent. Der Rückgang verlief lange kontinuierlich und hat sich seit 1995 beschleunigt. Am stärksten betroffen waren die Boulevardblätter. Ihre maximale Reichweite sank von 35 auf 15 Prozent. Kaum betroffen schienen die überregionalen Qualitätszeitungen: Ihre Reichweite ging von acht auf sechs Prozent zurück. Das entsprach aber dem Verlust eines Viertels ihrer Leser. In der Öffentlichkeit werden die Auflagen- und Reichweitenverluste der Zeitungen meist auf die Etablierung des Internet zurückgeführt. Das erscheint plausibel, ist aber falsch, weil der Rückgang schon voll im Gange war, als es das Internet noch nicht gab.